



2. Februar 2015

Nr. 18/15

## Energiedialog

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner beendet Energiedialog

### **Aigner: „Der Energiedialog hat Bayern entscheidend vorangebracht“**

MÜNCHEN Mit einer Abschlusssitzung der ‚Plattform Energie Bayern‘ und der Vorstellung von energiepolitischen Eckpunkten hat Bayerns Energieministerin Ilse Aigner heute den Energiedialog plangemäß beendet. Den dreimonatigen Energiedialog, an dem Wirtschaft, Verbände, Vertreter der Kirchen und Gewerkschaften sowie Bürgerinitiativen, Investoren, Behörden und Fachleute aus Wissenschaft, Forschung und Entwicklung beteiligt waren, bezeichnete die Ministerin als einen großen Erfolg: „Der Energiedialog Bayern war mit seiner breiten gesellschaftlichen Beteiligung und in seiner thematischen Tiefe ein einmaliger Konsultationsprozess. Ich bin stolz auf den gemeinsamen Weg und die geleistete Arbeit“, so Aigner. Der Dialog habe einen großen Beitrag für die energiepolitische Zukunft Bayerns geleistet und sei Ausdruck einer neuen politischen Kultur. Er habe gezeigt, dass es sich gerade bei großen Interessenskonflikten lohne, die gegensätzlichen Parteien zusammenzubringen und jede Position ernst zu nehmen. „Der Erkenntnisgewinn ist enorm“, bilanzierte die Ministerin. „Wir haben heute ein klareres Bild von Bayerns Energiezukunft als zuvor.“

### **Lücke bei der Stromproduktion und bei der gesicherten Leistung**

Nach der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke werde Bayern eine Lücke bei der Stromproduktion und bei der gesicherten Leistung haben, erklärte die Ministerin. Im Rahmen des Energiedialogs sei diese bei der gesicherten Leistung auf 5 Gigawatt und bei der Stromproduktion auf 40 Terawattstunden beziffert worden.

**Pressestelle:**  
Katrin van Randenborgh  
**Adresse**  
Prinzregentenstr. 28, 80538 München

**Telefon**  
089 2162-2290, -2291, -2663  
**Telefax**  
089 2162-2614

**E-Mail**  
[pressestelle@stmwi.bayern.de](mailto:pressestelle@stmwi.bayern.de)  
**Internet**  
[www.stmwi.bayern.de](http://www.stmwi.bayern.de)  
**mobiles Internet**  
[m.stmwi.bayern.de](http://m.stmwi.bayern.de)

## **Keine neuen Trassen zum Transit von Überschussstrom – Systemwechsel für die Netzausbauplanung**

Es sei rein technisch natürlich möglich, so Aigner, die Versorgung Bayerns ohne die umstrittenen Trassen Sümlink und Südostpassage sicherzustellen. Die Voraussetzungen dafür müssten aber auf Bundesebene geschaffen werden.

Aigner: „Die Frage, in welchem Maße Netzausbau notwendig ist, hängt davon ab, ob die Marktbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb und den Bau von Gaskraftwerken in Bayern angepasst werden.“ Das ist eine Aufgabe für die Verhandlungen auf Bundesebene. Dabei dürfe es jedoch für Bayerns Bürger und vor allem für die Wirtschaft zu keinen Strompreissteigerungen kommen.

„Zwei neue Trassen“, so die Ministerin, „werden für Bayerns Versorgung nicht gebraucht.“ Grundsätzlich unterstrich Aigner, dass Leitungen nur dann gebaut werden, wenn sie für die Versorgung notwendig seien und nicht etwa für den Export von Überschussstrom.

## **Gaskraftwerke und KWK für die Versorgungssicherheit**

Für die Versorgungssicherheit in Bayern sei konventionelle Stromproduktion unverzichtbar, so Aigner. Darüber hinaus sieht die Ministerin erhebliches Potential in der Kraftwärmekopplung. KWK-Anlagen können zur Versorgungssicherheit vor Ort und zur Systemstabilität beitragen. Deshalb sei es im Rahmen der Novellierung des Kraftwärmekopplungsgesetzes wichtig, die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen wiederherzustellen.

Mit einem eigenen Förderprogramm will Aigner die Eigenstromversorgung im privaten Bereich unterstützen. „Wir fördern mit insgesamt 90 Millionen Euro zunächst das intelligente Zusammenspiel von Strom und Wärme in Ein- und Zweifamilienhäusern.“ Ziel sei es, das Programm in einem zweiten Schritt auf größere Einheiten, wie Straßenzüge oder Gemeinden auszuweiten.

## **Umsteuern bei den erneuerbaren Energien**

Für den Ausbau der erneuerbaren Energien fordert Aigner einen Prioritätenwechsel: „Der Ausbau der Erneuerbaren verläuft in Bayern besonders erfolgreich. Er wird auch in der Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. An unseren Ausbauzielen von 2011 halten wir fest“, sagte Aigner. „Wir sehen jedoch heute, dass der Beitrag der Erneuerbaren zur Versorgungssicherheit beim gegenwärtigen Stand der Technik nur in eng begrenztem Umfang gesteigert werden kann. Bei einem weiter unkontrollierten Zubau gerade von Windkraft drohen uns nicht nur die Kosten der Energiewende aus dem Ruder zu laufen. Die künftigen Belastungen für das Netz wären enorm und würden einen immer größeren Bedarf nach zusätzlichen Leitungen auslösen. Damit muss Schluss sein!“ Die ersten Schritte, die mit dem EEG 2014 gemacht wurden, gingen in die richtige Richtung, seien aber viel zu zaghaft. Das Umsteuern beim Ausbau der Erneuerbaren müsse viel entschlossener und mutiger erfolgen. Es müsse nun gelten: Qualität vor Quantität. „Die Erneuerbaren müssen dem Gesamtsystem dienen, ihre Produktion muss sich mehr am Bedarf orientieren“, erklärte Aigner. Ein Schwerpunkt müsse deshalb in Zukunft auf den Möglichkeiten zur Systemintegration liegen: „Es funktioniert nicht“, so die Ministerin, „wenn wir die Spitzen immer weiter erhöhen, ohne die Täler zu füllen“.

Ergänzt werden müsse dieser Prioritätenwechsel durch eine sofortige Speicheroffensive. Aigner: „Es wird entscheidend für den Erfolg der Energiewende sein, ob es gelingt, die Produktionsüberschüsse der erneuerbaren Energien wirtschaftlich und über längere Zeiträume zu speichern: „Wir brauchen eine intensivere Speicherforschung und eine kritische Überprüfung der Regularien. Bayern wird die Förderung der Speicherforschung ausweiten.“ Der Bund müsse diesem Beispiel folgen und eine Befreiung der Speicher von Netzentgelten prüfen. Eine Perspektive für den systemdienlichen Ausbau der erneuerbaren Energien könne auch die kombinierte Betrachtung von Strom und Wärme liefern. Deshalb sei das 10.000-Häuser-Programm so wichtig.

## Energieeinsparung

Größere Anstrengungen forderte Aigner bei der Energieeinsparung: Eine wachsende Wirtschaft und steigende Bevölkerungszahlen sowie zusätzliche elektrische Anwendungen wie beispielsweise Wärmepumpen erfordern mehr Einsatz bei der Energieeffizienz und bei der Energieeinsparung. Allein das Ziel, den Stromverbrauch konstant zu halten, erfordere angesichts neuer Techniken ehrgeizige Sparanstrengungen bei den bestehenden elektrischen Anwendungen. Aigner: „Der Energiedialog hat zahlreiche Vorschläge für eine bessere Beratung, Information und Förderung erbracht. Diese werden wir im Freistaat aufgreifen.“ Das größte Energieeinsparpotential liege im Wärmebereich, erklärte die Ministerin. Der Gebäudebereich sei für rund 40 % des Energieverbrauchs verantwortlich.

Vom Bund forderte die Ministerin eine schnelle Umsetzung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung. „Wir können es uns nicht leisten, das Potential im Gebäudebereich ungenutzt zu lassen“, so Aigner.

Energieministerin Aigner wird die detaillierten Eckpunkte jetzt dem bayerischen Ministerpräsidenten vorstellen. Der Ministerpräsident wird darüber mit den Parteivorsitzenden von CDU und SPD, Kanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, verhandeln.

Die Ministerin sicherte eine Fortsetzung des Dialogformats zu einzelnen Themen wie etwa der Energieeffizienz zu.

Die Maßnahmen und Forderungen aus dem Energiedialog können hier heruntergeladen werden: [www.energie-innovativ.de/fileadmin/user\\_upload/energie\\_innovativ/Energiedialog/Dokumente/2015-02-02-Massnahmen-und-Forderungen-Energiedialog.pdf](http://www.energie-innovativ.de/fileadmin/user_upload/energie_innovativ/Energiedialog/Dokumente/2015-02-02-Massnahmen-und-Forderungen-Energiedialog.pdf)



# Energiedialog: Maßnahmen und Forderungen

## Energie sparen und Effizienz steigern

Energiesparen und Energieeffizienz bilden eine wichtige Säule der Energiewende für eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung. Energieeinsparung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Um das Zusammenwirken von Bürgern und Unternehmen, Freistaat und Kommunen zu optimieren, starten wir gemeinsam mit verschiedenen Partnern eine **EnergieEffizienzOffensive**. Sie wird aus aufeinander abgestimmten Bausteinen in den verschiedenen Handlungsfeldern, aus Förderung, Beratung, Information und Motivation bestehen.

### WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG,

- mit Hilfe der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung die Sanierungsrate bei Gebäuden zu steigern, um die großen Einsparpotenziale zu aktivieren.

### WIR WERDEN

- mit unserem 10.000-Häuser-Programm „EnergieSystemHaus“ die Steigerung des Selbstversorgungsgrades mit hoher Energieeffizienz und intelligenter Verknüpfung von Wärme und Strom, Speichern und Netzen verknüpfen und damit Bauherren von Ein- oder Zweifamilienhäusern ebenso fördern wie innovative Gemeinschaftslösungen, z.B. in Wohnvierteln. Es geht um Kombinationen wie Solarthermie mit großem Wärmespeicher, Wärmepumpen oder Blockheizkraftwerke mit Speicher und Energiemanagementsystem oder PV-Anlagen mit Batterie- oder thermischem Speicher.

- ein neues Förderprogramm „Energiekredit Gebäude“ der LfA Förderbank Bayern zur Unterstützung von Unternehmen bei der Modernisierung ihrer Gewerbebauten auf den Markt bringen,
- mit besserer Information die Motivation zum Einsparen von Wärme, Strom und Kraftstoffen bei Bürgern, Unternehmen und Kommunen verstärken,
- unser Informations- und Beratungsangebot für Kommunen ausbauen, z.B. durch Online-Tools als Hilfestellung für die Aufstellung kommunaler Energienutzungspläne und zum kommunalen Energiemanagement,
- die Fördermöglichkeiten für Kommunen noch praxisnäher und bedarfsgerechter gestalten, z.B. durch das EnergieCoachingPlus, damit sie Energie-Einsparpotenziale identifizieren und Einsparungen realisieren können, bei Energienutzungsplänen und Sanierungsfahrplänen für kommunale Liegenschaften,
- Wir wollen den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen, die eigene Vorstellungen zur Steigerung der Energieeffizienz entwickelt haben, fortsetzen und das Erreichte evaluieren.

## Beitrag der Speichertechnologien

Die Bedeutung der Speicher (zentral und dezentral) nimmt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu. Speicher sind notwendig, um die Erzeugungsspitzen aufzunehmen und zeitversetzt wieder zur Verfügung zu stellen. Ohne Speicher wird mit zunehmendem Zubau von volatilen erneuerbaren Energien nur der Überschussstrom exportiert, ohne in den Phasen ohne Wind und Sonne einen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten. Speicher liefern aber vor allem Systemdienstleistungen, z.B. Regelenergie, und sind zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität zwingend erforderlich. Zusätzlich zu den bestehenden Pump- und Batteriespeichern werden Langzeitspeicher ab ei-

nem Anteil von etwa 60 bis 80 % erneuerbarer Energien wesentlich. Ziel muss eine technologieneutrale und im Wettbewerb kostenoptimierte Erschließung dieser Potentiale sein.

#### WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG,

- die regulatorischen Rahmenbedingungen für Speicher zu verbessern und Hemmnisse durch Regularien und staatliche Vorgaben zu streichen wie z.B. Letztverbraucherregelung für alle Speicher und Netzentgelte für Pumpspeicher (Wettbewerbsnachteile ggü. Schweiz und Italien)
- Wir fordern entschädigungsfreie Abregelung bei den erneuerbaren Energien (Starkwind/Mittagsspitze Sonne). Dadurch können zusätzliche Anreize für Speicher geschaffen werden.
- Marktmodelle für Power-to-X-Verfahren (z.B. Power-to-Gas, Power-to-Heat, Power-to-Liquid (LOHC)) für Überschussstrom zu entwickeln,
- eine Forschungsoffensive Speicher mit Demonstrationsvorhaben in Bayern, u.a. für die Entwicklung von Batterietechnologien (Ziel: Kostensenkung, Erhöhung der Lebensdauer),
- ein weiteres Schwerpunktprogramm Power-to-Gas (PtG) aufzulegen, da die Mittel für das derzeitige Programm ausgeschöpft sind, PtG aber noch intensiv weiter zu entwickeln ist,
- ein Demonstrationsvorhaben für Speichertechnologien in Bayern zu finanzieren,
- das Markteinführungsprogramm für dezentrale Batteriespeicher in Verbindung mit PV-Anlagen auszubauen.

**Bayern fördert** bereits heute mit über 50 Mio. € (seit 2013) die Speichertechnologieforschung, insbesondere die Batterieforschung.

## Ausbau erneuerbarer Energien

Nach dem erfolgreichen Zubau der letzten Jahre leisten erneuerbare Energien mit einem Anteil von 31,6 TWh (2013) inzwischen einen substanziellen Beitrag zur Stromerzeugung Bayerns. Deutschlandweit ist gleichzeitig die EEG-Umlage auf neue Höchststände gestiegen. Der künftige Zubau von Anlagen der erneuerbaren Energien muss deshalb marktorientierter erfolgen und sich an einem Zusammenspiel aus intelligenten Betriebsmitteln, flexibel regelbaren Kraftwerken, intelligentem Lastmanagement und Speichern orientieren, damit aus der zu maßgeblichen Anteilen volatilen erneuerbaren Energie sichere Energie wird.

### WIR WERDEN

- die Auswirkungen des EEG 2014 auf den Ausbaupfad der Erneuerbaren verfolgen und Nachbesserungen einfordern, wenn die Ziele des EEG gefährdet erscheinen,
- die Nutzung weiterer Flächen für die Photovoltaik unterstützen und dabei gleichzeitig den Flächenschutz wahren (z.B. auf bereits versiegelten Flächen oder indem durch die Nutzung die Flächen ökologisch aufgewertet werden),
- den Beitrag der Bioenergie stärken, insbesondere werden wir die Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Erzeugung zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung anderer erneuerbarer Energien ausschöpfen (Umsetzung Bayernplan), indem wir Information, Beratung und Forschung und Entwicklung fördern,
- die Nutzung von **Holzenergie für Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben**,
- Anreize für Kommunen prüfen, um planerische Gestaltungsspielräume auszuschöpfen, z. B. die Förderung von Bebauungsplänen für die Windkraftnutzung.



## Versorgungssicherheit

Die Umwandlung des Stromversorgungssystems muss im volks- und energiewirtschaftlich sinnvollen Maße unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit sowie der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich fortgeführt werden. Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise sind für den Erhalt des attraktiven Industrie- und Wirtschaftsstandortes Bayern und seiner Arbeitsplätze unverzichtbar. Hierfür sind neue gesicherte Kraftwerkskapazitäten von mind. 2000 MW in Bayern bis 2023 zu realisieren. Diese Kapazitäten sind in den Planungen des Bundes bereits vorgesehen, obwohl sie noch nicht existieren.

Der Netzausbau ist nur im nötigen Maße umzusetzen, um v.a. die verbleibende Lücke bei der Strommengenbereitstellung zu schließen (25 TWh nach Realisierung der Thüringer Strombrücke abzüglich der durch die nötigen Kraftwerkskapazitäten (z. B. KWK) erzeugten Strommenge).

### WIR FORDERN DAHER VON DER BUNDESREGIERUNG

- rasch Anreizmechanismen zur Errichtung und Betrieb von Gaskraftwerken zu schaffen (kurzfristig Novelle Reservekraftwerksverordnung bzw. Überführung in eine Kapazitätsreserveverordnung o.ä., mittelfristig neues Strommarktdesign),
- umgehend eine regional differenzierte Kapazitätsbedarfsprüfung bis einschl. 2023 (abgeschlossener Kernenergieausstieg) vorzunehmen (bisher Fokussierung auf 5 Jahres-Vorschau),
- die Rahmenbedingungen für den gezielten Ausbau der KWK zu verbessern (Reform KWKG),
- die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit bei Windenergie- und PV-Anlagen bei Bedarf die Einspeisung stärker als bisher abgeregelt werden kann (Reduktion des Netzausbaubedarfs),

- bei Abregelung von konventionellen Kraftwerken in Starkwind/Spitzenzeiten PV den Vorrang der erneuerbaren Energien stärker zu berücksichtigen, um den Übertragungsbedarf zu reduzieren,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der dann noch erforderliche Netzausbau geringstmögliche Auswirkungen auf Bevölkerung und Landschaft hat (z.B. Ausschöpfung aller Optimierungs- und Verstärkungspotenziale im Bestandsnetz, Erdverkabelung, „elektrischer Ausgleich“ als Kompensation für Neubau, Kompaktmasten u.a.),
- den Szenariorahmen als wichtige Datengrundlage für die Netzentwicklungsplanung künftig von der Bundesnetzagentur als unabhängiger Bundesbehörde erstellen zu lassen.

**Bayern wird** die Kommunen im Rahmen der Energienutzungsplanung bei der Erschließung weiterer KWK-Potenziale unterstützen.